



Keupers

kritischer

Kommentar

05-01-2018

Mai 2018

## „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“.

Diesen Satz von Helmut Schmidt, geäußert in einem Gespräch mit dem „Spiegel“, über Willy Brandt und dem Bundestagswahlkampf 1980, zeigte, die Differenzen zwischen den beiden damals führenden Politikprotagonisten der SPD, hinsichtlich einer politischen Grundauffassung des politischen Handelns. Während Willy Brandt seine politischen Visionen, seine politischen Gedanken über Zukunftsentwicklungen an- und aussprach, war Helmut Schmidt der Pragmatiker, der Macher, der stets „sachbezogen“ oder „praxisbezogen“, also im Sinne der Sache, des Zieles lösungsorientiert handelte.

Willy Brandt nahm mit seiner visionären Politik des „Wandels durch Annäherung“ den Menschen, zumindest in den früheren sogenannten Zonenrandgebieten, die Angst, dass „der Russe vielleicht am nächsten Morgen schon vor der Tür stehe“. Mit der Aussage: „Mehr Demokratie wagen“, beabsichtigte er, das demokratische Miteinander zu stärken, waren es am Ende seines politischen Lebens, als er mahnend appellierte an ein gleichwertiges Zusammenrücken von Ost- und Westdeutschland, seine Worten: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“, mit denen er seine Zukunftsvisionen von der Wiedervereinigung formulierte und die Menschen begeisterte.

Helmut Schmidt war dagegen stets derjenige, der mehr aktuelle Probleme durch sachbezogene Aktivitäten bewältigte, der sein Handeln mehr an das Jetzt, an das Heute orientierte.

### **Die Agenda 2010 war und ist keine Zukunftsvision.**

Die Politik der Sozialdemokratie hat sich nach Helmut Schmidt im Wesentlichen an den von ihm vertretenden Pragmatismus in der Politik orientiert, was auch der Intuition vieler der handelnden Politikerinnen und Politiker der SPD entgegenkommt.

Selbst Gerhard Schröders Agenda 2010 war keine Politik der Zukunftsperspektive, keine Art Zukunftsvision, sondern war pragmatisches Handeln, welches dem zu diesem Zeitpunkt herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situationen geschuldet war und dem damaligen neoliberalen Denkmuster. Also ist die Agenda 2010 eine rein pragmatische sachbezogene oder praxisbezogene Aktion. Das heißt, die Agenda 2010 beinhaltete, das, was zum damaligen Zeitpunkt nötig und erwiesenermaßen tatsächlich erforderlich

war. Theorien und Ideologien wie es die Sozialdemokraten normal vertraten, mussten bewusst oder auch unbewusst in den Hintergrund treten.

Die Agenda 2010 war und ist also ein Musterbeispiel emotionslosen pragmatischen Handelns. Es zeigt aber auch, das pragmatisches Handeln nicht immer den Vorstellungen breiter Schichten der Bevölkerung Rechnung trägt, das politischer Pragmatismus dem Gedanken der Demokratie schaden kann. Und es zeigt auch, dass, wenn die Politik keine Visionen mehr hat, hat sie auch keine Zukunftsziele mehr, die sie erreichen will. Doch, wer keine Zukunftsziele mehr hat, kommt auch nirgendwo mehr an!

Der viel zitierte Ausspruch von Helmut Schmidt: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, ist also ein fataler Irrglaube. Denn die SPD lebt seit ihrer Gründung von Visionen und Utopien. Sie hat es immer mit ihrer „progressiven“ Politik geschafft, das Land, die Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Sie hat eben vom Grund an dieses Potenzial alternative Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln, visionäre Zielvorstellungen der Zukunft zu erarbeiten.

### **Verunsicherung trifft auf Verunsicherte,**

und der SPD fehlt es an Zukunftskompetenzen, das sind die Überschriften eines Artikels von Frank Stauss, im Doppelheft 1/2, Jahrgang 2018, des Politmagazins „Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte“. Er schreibt unter anderem: „Die SPD hat weder ein Gerechtigkeits- noch ein Wirtschaftskompetenzdefizit. Sie hat ein Zukunftsdefizit, ein Modernitätsdefizit. Man traut ihr nichts zu, weil sie selbst mindestens ebenso verunsichert in die Zukunft blickt, wie die Wählerinnen und Wähler“. Ja, es ist so, vor lauter pragmatischem Handeln um die Probleme von heute für Morgen zu korrigieren, zu lösen, haben ihre aktiven Politikerinnen und Politiker kaum noch Zeit darüber mal nachzudenken, wie wir den auf uns zukommenden Entwicklungen begegnen könnten, wie wir reagieren müssten. Eine neue Arbeitswelt in Folge des digitalen Fortschritts in der Wirtschaft und im Dienstleistungssektor wird eine Herausforderung für einen sozialen Staat und einer freiheitlichen Zivilgesellschaft. Die damit einhergehenden Veränderungen führen dazu, dass wir über Stresssituationen im digitalen Leben, über zunehmende Arbeitsplatzrisiken, über eine grundlegende Erweiterung von Bildungsmöglichkeiten, über neue Wohngewohnheiten, über neue Möglichkeiten der Grundversorgung, aber auch neue Wege der Freizeitgestaltung, sowie über das Leben im Alter uns Gedanken machen müssten, wobei letzteres wegen des demografischen Wandels bei vermutlich erheblicher Verringerung des Arbeitskräftepotenzials eine zusätzliche Herausforderung der Zukunft sein wird.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu-Dreyer hat vor ein paar Tagen darauf hingewiesen, dass wir bei allen Diskussionen über eine Erneuerung der Partei, über eine zu ändernde Politik der Sozialdemokratie, den Menschen aufzeichnen müssen, wie wir die Zukunft dieses Landes gestalten wollen. Ja, wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, ihnen unsere Visionen eines freiheitlichen, sozialen, aber auch wirtschaftlich starken demokratischen Staat aufzeichnen. Frank Stauss hat in seinen weiter oben zitierten Ausführungen dazu geschrieben: „Die beiden dominanten Herausforderungen der kommenden Jahre, (oder auch Jahrzehnte), sind die Zukunft Europas und die Zukunft der Arbeit. Das sind klassisch sozialdemokratische Themen und gleichzeitig die entscheidenden Zu-

kunftsthemen. Die SPD sollte sich auf diese konzentrieren und sich inhaltlich rüsten“. Es ist so, die Vision eines menschlichen und sozial ausgerichteten vereinten Europas, und einer Arbeitspolitik für langfristige und auskömmlich bezahlter Arbeit, verbunden mit ständiger betrieblicher wie außerbetrieblicher Weiterbildung, sind der richtige Weg in eine sozialdemokratisch geprägten Zukunft der Menschen in unserer Bundesrepublik, der richtige Weg in ein vereintes Europa mit zukunftsorientierter Ausgeglichenheit!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 01. Mai 2018

Heinrich Keuper